



Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Finanzausschuss	23.05.2011	

Anlass:

- Mitteilung der Verwaltung
- Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen
- Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung
- Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Controlling der Konsolidierungsbeschlüsse des Rates sowie der Entwicklung des Haushaltes 2011

- 1. Controlling der Konsolidierungsbeschlüsse des Rates**
- 2. Bericht über die Entwicklung der wesentlichen Ertrags- und Aufwandspositionen der Ergebnisrechnung sowie investiver Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung 2011**

Zu 1. Controlling der Konsolidierungsbeschlüsse des Rates

Gegenüber dem Sachstand zur Mitteilung vom 04.04.2011 haben sich keine relevanten Veränderungen ergeben. Insbesondere bei den beiden großen Abweichungen stehen die erforderlichen Entscheidungen noch aus:

Aufgabe 57.27 (s. u.) – Winterdienstgebühr:

hierzu wird auf die Beantwortung der Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen zur aktuellen Sitzung verwiesen (Vorlagen-Nr. 1893/2011)

Aufgabe 51.25 (s. u.) – Verzicht auf die Beitragsfreiheit für das 3. Kindergartenjahr):

Eine landesweite Regelung zur Umsetzung und Finanzierung der Beitragsfreiheit für das 3. Kindergartenjahr liegt bisher noch nicht vor.

Nachfolgend wird der Sachstand aus der vorgenannten Mitteilung nochmals dargestellt:

Auf der Basis des zur Berichterstattung am 04.04.2011 ermittelten Sachstandes der einzelnen Maßnahmen wurden für 2011 die folgenden prognostizierten Jahreswerte ermittelt, die in den Diagrammen 1 bis 3 im Soll/Istvergleich aufgeteilt nach Produktbereichen dargestellt sind:

Aufwandsreduzierung Personalaufwand

Soll	Prognostizierter Jahreswert	Abweichung
11,00 Mio. €	11,00 Mio. €	0 €

Die zum Hpl.-Entwurf 2010/2011 geplante gesamtstädtische Personalaufwandsplanung wurde unter neuen Rahmenbedingungen überarbeitet, es ergab sich ein Einsparvolumen von 11 Mio. €

Aufwandsreduzierung Sachaufwand (Diagramm 1)

Soll	Prognostizierter Jahreswert	Abweichung
20,19 Mio. €	16,97 Mio. €	3,22 Mio. €

Die aktuell prognostizierte Unterschreitung wird im Wesentlichen verursacht durch die bisherige Nichtumsetzung der Maßnahme bei:

Aufgabe 57.27, Einsparvorschlag Nr. 1 2,93 Mio. €

Vorgesehen war die Einführung von Winterdienstgebühren. Der Rat hat in seiner Sitzung vom 14.12.2010 die Einführung in der vorgelegten Fassung abgelehnt und die Verwaltung beauftragt, eine alternative Deckung vorzuschlagen und dem Rat zeitnah zur Beschlussfassung vorzulegen. Die Alternative ist derzeit noch in Erarbeitung.

Ertragssteigerung (Diagramm 2)

Soll	Prognostizierter Jahreswert	Abweichung
16,14 Mio. €	11,99 Mio. €	4,15 Mio. €

Auch hier entfällt der größte Anteil der Abweichung auf die bisherige Nichtumsetzung einer einzelnen Maßnahme:

Aufgabe 51.25, Einsparvorschlag Nr. 6 3,20 Mio. €

Vorgesehen war der Verzicht auf die Beitragsfreiheit ab dem dritten Kindergartenjahr. Vor dem Hintergrund dass landesweit eine einheitliche gesetzliche Regelung diskutiert wird, wurde die Einbringung einer Vorlage für eine Kölner Regelung zurückgestellt.

Weitere kleinere Abweichungen sowohl bei den Aufwandsreduzierungen wie auch bei den Ertragssteigerungen werden hier nicht näher erläutert. Die Verwaltung wird erforderliche Gegensteuerungs- und Ersatzmaßnahmen entwickeln, um das für 2011 geplante Konsolidierungsvolumen zum Jahresende zu erreichen.

Stellenabbau (Diagramm 3)

Der aus diversen Maßnahmen resultierende Stellenabbau umfasst in 2011 insgesamt 177 Stellen mit einem Gesamtaufwandsvolumen in Höhe von 8,66 Mio. €. Zum Stand

25.02.2011 konnten bereits 125 Stellen abgesetzt werden, 28 Stellen wurden mit einem kw-Vermerk versehen. Bei den restlichen 24 Stellen konnte mit Blick auf personalwirtschaftliche Umsetzungsmaßnahmen noch keine Absetzung erfolgen.

Zu 2. Bericht über die Entwicklung der wesentlichen Ertrags- und Aufwandspositionen der Ergebnisrechnung sowie investiver Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung 2011

Auf der Grundlage der bisherigen Entwicklung der Erträge und Aufwendungen ergeben sich bei den wesentlichen Positionen des Haushaltes die im Folgenden aufgeführten Abweichungen. Bei diesen Abweichungen handelt es sich jeweils um die Differenz zwischen der Bewirtschaftung zum Stand 27.04.2011 – sofern kein anderer Termin genannt ist - und der Prognose zum Jahresende.

Bezüglich des **Gewerbesteueraufkommens** ist festzustellen, dass zum Stand 20.04.2011 ein Anordnungssoll von rd. 805,5 Mio. Euro erreicht wurde. Damit sind zum Stichtag bereits 79,4 % des Haushaltsplanansatzes von 1.014,4 Mio. Euro realisiert. Von diesem Betrag entfallen rd. 658,6 Mio. Euro auf Vorauszahlungen und rd. 146,9 Mio. Euro auf Nachforderungen. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

Verzinsung der Gewerbesteuer gem. § 233a AO

Das aktuelle Anordnungssoll der Zinsen nach §233a AO beträgt 6,5 Mio. Euro und liegt damit deutlich unter dem Hpl-Ansatz von 23,0 Mio. Euro.

Die Entwicklung dieser Ertragsart steht im direkten Zusammenhang mit den Gewerbesteuerfestsetzungen älterer Zeiträume und ist abhängig davon, ob Nachforderungs- oder Erstattungs-zinsen anfallen. Daher kann derzeit keine sichere Prognose zum Jahresergebnis abgegeben werden.

Veränderung derzeit nicht bezifferbar

Gewerbesteuerumlagen

Die Gewerbesteuerumlagen werden nach dem tatsächlichen Ist-Aufkommen bei der Gewerbesteuer erhoben. Unabhängig hiervon ergibt sich eine Verbesserung aufgrund der Absenkung des Berechnungsfaktors um einen Punkt. Bezogen auf die aktuell veranschlagte Gewerbesteuer und die entsprechend berechneten Gewerbesteuerumlagen bedeutet dies eine Verbesserung um rd. 3,2 Mio. Euro.

Wenigeraufwand: ca. 3,2 Mio.

Grundsteuer

Die Prognose zur Jahresveranlagung für die Grundsteuer B beträgt 207,5 Mio. Euro. Gegenüber dem Haushaltsplanansatz von 210,8 Mio. Euro ergibt sich eine Verschlechterung in Höhe von 3,3 Mio. Euro.

Wenigererträge: ca. 3,3 Mio. Euro

Kompensation (Ausgleichsanspruch für reduzierten Einkommensteueranteil)

Auf Basis der ersten Modellrechnung beträgt die Kompensationsleistung 40,4 Mio. Euro. Im Vergleich zum Haushaltsplanansatz ergibt sich eine Verbesserung um 5,0 Mio. Euro.

Hieraus wurden bereits Deckungen für Mehraufwendungen in Höhe von ca. 4,0 Mio. Euro in Anspruch genommen.

Mehrerträge: ca. 1,0 Mio. Euro

Landschaftsumlage

Auf Basis der zwischenzeitlich feststehenden Umlangengrundlagen sowie des von der Landschaftsversammlung beschlossenen Umlagesatzes von 17 % ergibt sich gegenüber der Veranschlagung im Haushaltsplan für das Jahr 2011 ein Mehraufwand von 30,6 Mio. Euro.

Hiervon entfallen rd. 15,0 Mio. Euro auf die Erhöhung des Umlagesatzes. Die weiteren 15,6 Mio. Euro resultieren aus der Tatsache, dass sich das Steueraufkommen in der maßgeblichen Referenzperiode besser entwickelt hat als noch bei der Aufstellung des Haushaltsplanes für die Jahre 2010/2011 erwartet.

Mehraufwand: rd. 30,6 Mio. Euro

Personalaufwand

Nach der aktuellen Hochrechnung werden die Personal- und Versorgungsaufwendungen voraussichtlich mit einer Verschlechterung in Höhe von ca. 23,0 Mio. Euro abschließen. Die Verschlechterung ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die Zuführung zu den Rückstellungen deutlich höher ausfallen wird als ursprünglich angenommen. Basis für die Prognose bildet die Zuführung zu den Rückstellungen für 2010, welche mit einem um 30,8 Mio. Euro höheren Wert als erwartet abschloss. In der Prognose ist bereits die Besoldungserhöhung der Beamten enthalten.

Verschlechterung: rd. 23,0 Mio. Euro

Sozialbereich

Im Sozialbereich wird insgesamt eine saldierte Verbesserung von 9,8 Mio. Euro gegenüber der Planung prognostiziert.

Bei den Erträgen werden folgende Veränderungen erwartet:

- Durch weitgehende Abarbeitung von Altfällen aus der Unterhaltsheranziehung und zentraler Rückabwicklung ergeben sich Mindererträge in Höhe von ca. 1,6 Mio. Euro, da diese Erträge vergangenen Perioden zugerechnet werden müssen.
- Die Erstattung des LVR zur „Hilfe zur Gesundheit“ wird ca. 1,0 Mio. höher als geplant ausfallen.
- Mehrerträge in Höhe von 3,0 Mio. Euro sind aufgrund der Erhöhung des prozentualen Bundesanteils bei den „Kosten der Unterkunft“ zu erwarten. Diese Mehrerträge sind unabhängig von der Umsetzung des „Bildungspakets“.

Per Saldo ergeben sich Mehrerträge in Höhe von 2,4 Mio. Euro.

Bei den Aufwendungen werden folgende wesentlichen Veränderungen erwartet:

- Aufgrund geringerer Fallzahlen bei den Aufwendungen für „Kosten der Unterkunft“ werden Wenigeraufwendungen in Höhe von ca. 6,4 Mio. Euro prognostiziert.
- Auch bei den Transferleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bewirken – wie bereits im Haushaltsjahr 2010 – geringere Fallzahlen Einsparungen in Höhe von rd. 1,5 Mio. Euro.
- Bei der „Hilfe zum Lebensunterhalt“ werden nach der bisherigen Entwicklung die Ansätze für Transferleistungen in Einrichtungen und für aufwandswirksame Korrekturen von Ertragsbuchungen der Vorjahre nicht voll ausgeschöpft. Es ist mit Wenigeraufwendungen in Höhe von ca. 1,4 Mio. Euro zu rechnen.
- Wenigeraufwendungen in Höhe von ca. 2,0 Mio. Euro werden bei den Leistungen „Hilfe zur Pflege“ durch den Übergang der Kostenträgerschaft für Fälle mit persönlicher Assistenz an den LVR erwartet. Diesen Wenigeraufwendungen stehen Mehraufwen-

dungen in Höhe von ca. 1,0 Mio. Euro bei der stationären Pflege durch stetige Zunahme der Kosten angesichts der demografischen Entwicklung gegenüber.

- Bei den Leistungen der „Hilfe zur Gesundheit“ werden Wenigeraufwendungen in Höhe von ca. 0,5 Mio. Euro erwartet.
- Aufgrund des deutlichen Anstiegs der Fallzahlen bei den Leistungen der Grundsicherung im Alter wird ein Mehraufwand von ca. 2,9 Mio. Euro erwartet.
- Darüber hinaus ist der Ansatz für die „Hilfen bei Wohnproblemen“ nicht auskömmlich und wird voraussichtlich um rd. 0,5 Mio. Euro überschritten.

Per Saldo ergeben sich Wenigeraufwendungen in Höhe von 7,4 Mio. Euro.

Verbesserung: rd. 9,8 Mio. Euro

Schule und Bildung

Der Bereich prognostiziert insgesamt eine Verschlechterung von 13,2 Mio. Euro.

Zum einen sind Mehraufwendungen in Höhe von rd. 9,7 Mio. Euro auf nachträgliche Mietanpassungen für bereits genutzte Schulgebäude zurückzuführen, die zum Zeitpunkt der Anmeldung für den HPL 2010/2011 noch nicht feststanden.

Verschlechterung: rd. 9,7 Mio. Euro

Kinder und Jugend, Kinderheime

Im Bereich Kinder-, Jugend- und Familienhilfe zeichnen sich insgesamt Mehraufwendungen in Höhe von rd. 2,5 Mio. Euro ab. Diese sind unter anderem auf unterjährige tarifliche Steigerungen im Trägerbereich zurückzuführen, die über den im Doppelhaushalt 2010/2011 geplanten Anstieg hinausgehen.

Bei den Kinderheimen zeichnet sich eine Verschlechterung bei den Erträgen der öffentlich rechtlichen Benutzergebühren/Entgelten von rd. 1,6 Mio. Euro ab. Dies resultiert zum einen aus der bisher noch nicht realisierten Erhöhung der Tagespflegesätze sowie aus der zum 01.01.2009 durchgeführten Platzzahlreduzierung in den Leistungsangeboten des SGB VIII – Bereichs. Die erforderlichen Maßnahmen zur Erhöhung der Tagespflegesätze wurden eingeleitet, so dass die Vereinbarung mit den Kostenträgern bis Mitte 2011 abgeschlossen sein wird.

Verschlechterung: rd. 4,1 Mio. Euro

Bauaufsicht

Nach aktueller Prognose werden die Erträge aus den Verwaltungsgebühren mindestens 0,5 Mio. Euro unter der Planung bleiben. Die genaue Höhe der Abweichung kann noch nicht beziffert werden.

Verschlechterung: rd. 0,5 Mio. Euro

Kultur und Wissenschaft

Im Museum Ludwig ergibt sich eine Überschreitung der Energiekosten um rd. 0,6 Mio. Euro.

Mehraufwendungen: rd. 0,6 Mio. Euro

Brücken und Stadtbahnbau

Die Aufwendungen für die Unterhaltung des Infrastrukturvermögens betreffend die Generalsanierung der Rheinbrücken, der Ertüchtigung der städtischen Tunnelbauwerke, der Stadtbahnen und für die Bauunterhaltung bei den sonstigen konstruktiven Ingenieurbauwerken werden voraussichtlich mit insgesamt um rd. 1,0 Mio. Euro unter der Veranschlagung bleiben. Die Wenigeraufwendungen resultieren aus der schwierigen Personalgewinnung für das Großprojekte „Sanierung Rheinbrücken“ und „Tunnelertüchtigung“ und dem damit verzögerten Beginn der Maßnahmen, sowie den zwischenzeitlich aufgetretenen Verzögerungen bei den Bauausführungen

Verbesserung: rd. 1,0 Mio. Euro

Gesundheitsamt

Bei den Erträgen aus Verwaltungsgebühren ist mit Ausfällen von rd. 0,5 Mio. Euro zu rechnen. Zum einen wurden bei der Planung Erträge berücksichtigt, die sich aus der Zusetzung zusätzlicher Stellen ergeben, deren Refinanzierung über Gebühren erfolgt. Entgegen der Planung wurde jedoch nur ein Teil dieser Stellen besetzt, so dass die Erträge geringer ausfallen. Die erforderliche Anpassung der Aufwendungen für diese Stellen wurde bei der Planung bereits berücksichtigt. Zum anderen ist durch Vakanz und krankheitsbedingte Ausfälle mit weiteren Wenigererträgen zu rechnen.

Wenigererträge: rd. 0,5 Mio. Euro

Informationsverarbeitung

Aufgrund des Umbaus Rechenzentrums Chorweiler werden Mehraufwendungen für die Maßnahmen „Austausch des Kabels in der Leitungsverbindung zwischen dem Spanischen Bau und dem Stadthaus Chorweiler“ sowie die „netztechnische Einrichtung der Rechneräume“ in Höhe von insgesamt rd. 1,1 Mio. Euro erwartet.

Mehraufwand rd. 1,1 Mio. Euro

Stadtentwicklung

Aufgrund von Projektverzögerungen beim Programm Mülheim 2020 liegen die Aufwendungen rd. 3,1 Mio. Euro unter der Planung. Daneben werden 5,8 Mio. Euro Zuschüsse für Mülheim 2020 ebenfalls aufgrund von Projektverzögerungen nicht abfließen.

Wenigeraufwand: ca. 8,9 Mio.

Statistik und Informationsmanagement

Aufgrund des inzwischen beschlossenen ZensusG 2011 NRW beteiligt sich das Land NRW an den Kosten für die Durchführung des Zensus 2011 mit 1,7 Mio. Euro. Diesen Mehrerträgen stehen Aufwendungen von ca. 0,5 Mio. Euro für die Entschädigung der Erhebungsbeauftragten gegenüber.

Verbesserung ca. 1,2 Mio. Euro

Schuldendienst

Die Zinsaufwendungen im Bereich der Schuldenverwaltung werden voraussichtlich rd. 4,8 Mio. Euro unter der Planung bleiben. Diese positive Abweichung ist durch das anhaltend niedrige Zinsniveau zu begründen.

Wenigeraufwendungen: ca. 4,8 Mio. Euro

Sonstige wirtschaftliche Unternehmen

Der Betriebskostenzuschuss Straßenreinigung an die AWB wird voraussichtlich 3,9 Mio. Euro höher ausfallen als geplant. Die Verschlechterung ist im Wesentlichen dadurch eingetreten, dass die zur Deckung der Winterdienstkosten notwendige Winterdienstgebühr vom Rat in seiner Sitzung am 14.12.2010 nicht beschlossen wurde.

Die Stadtwerke Köln GmbH haben aufgrund ihres positiven Geschäftsergebnisses die Gewinnabführung an den Haushalt um 8,0 Mio. Euro erhöht.

Verbesserung: ca. 4,1 Mio. Euro

Zusammenfassung der erwarteten Abweichungen:

	<i>in Mio. Euro</i> <i>Verbesserung (+) /</i> <i>Verschlechterung (-)</i>
Gewerbesteuerumlagen	+ 3,2
Grundsteuer	- 3,3
Kompensation	+ 1,0
Landschaftsumlage	- 30,6
Personalaufwand	- 23,0
Sozialbereich	+ 9,8
Schule und Bildung	- 9,7
Kinder und Jugend	- 4,1
Bauaufsicht	- 0,5
Kultur und Wissenschaft	- 0,6
Brücken und Stadtbahnbau	+ 1,0
Gesundheitsamt	- 0,5
Informationsverarbeitung	- 1,1
Stadtentwicklung	+ 8,9
Statistik und Informationsmanagement	+ 1,2
Schuldendienst	+ 4,8
Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	+ 4,1
Gesamtveränderung aufgrund aktueller Meldungen:	- 39,4

Gemeindefinanzierungsgesetz

Das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) wurde am 23. Februar 2011 in den Landtag eingebracht. Auf Basis der ersten Hochrechnung würde die Stadt Köln Verbesserungen gegenüber der Veranschlagung für das Jahr 2011 bei den Schlüsselzuweisungen von rd. 65,0 Mio. Euro (Mehrerträge) und bei der Investitionszuschüsse Mehreinzahlungen von rd. 6,0 Mio. Euro erhalten.

Insbesondere vor dem Hintergrund des aktuellen Urteils des Verfassungsgerichtshofes NRW zum Haushalt des Landes können sich bei den aktuellen Haushaltsberatungen jedoch noch Änderungen ergeben.

Bis zur Verabschiedung des Haushaltes erfolgen die Abschlagszahlungen auf Basis der o. a. ersten Modellrechnung.

erwartete Mehrerträge: ca. 65,0 Mio. Euro
erwartete Mehreinzahlungen: ca. 6,0 Mio. Euro

Entwicklung investiver Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung

Derzeit werden bei mehreren Maßnahmen Abweichungen gegenüber der Haushaltspla-

nung prognostiziert. Dabei ist jedoch grundsätzlich im Zusammenhang mit der Entwicklung im investiven Bereich darauf hinzuweisen, dass Wenigerauszahlungen, die sich aufgrund eines verzögerten Baufortschrittes ergeben, regelmäßig in einem der Folgejahre zusätzlich bereitgestellt werden müssen. Es handelt sich in den meisten Fällen de facto nur um einen verzögerten Mittelabfluss.

Stadtentwicklung

Entgegen der Planung werden sich einige Maßnahmen ins nächste Haushaltsjahr verschieben. So wird beispielsweise beim Projekt „Einbau der Aufzüge am Bahnhof Deutz/Messe“ mit Wenigerauszahlungen in Höhe von rd. 2,0 Mio. Euro gerechnet. Bei der Maßnahme „Flaniermeile Frankfurter Straße“ entstehen in 2011 lediglich Planungskosten. Der Baubeginn wird für 2012 erwartet (Wenigerauszahlungen 1,1 Mio. Euro). Bei der Maßnahme „Gestaltung Waldecker Straße“ ist der Baubeginn erst für das IV. Quartal 2011 geplant (Wenigerauszahlungen 0,8 Mio. Euro).

Die veranschlagten Zuwendungen für das Programm Mülheim 2020 werden voraussichtlich nur zu einem Teil abgerufen, da die für 2011 geplanten Aufwendungen nicht entstehen werden. Die Erträge verschieben sich in die Folgejahre (Wenigererträge rd. 2,7 Mio. Euro)

jahresbezogene Verbesserung: rd. 1,2 Mio. Euro

Wirtschaftsförderung

Von den bereitgestellten Mittel für das Projekt „Rheinpark-Café“ werden aufgrund von Verzögerungen bei der Umsetzung rd. 1,8 Mio. Euro nicht zur Auszahlung kommen. Ebenfalls werden von den für die Hochbaumaßnahmen Win-Win bereitgestellten Mittel rd. 1,8 Mio. Euro in 2011 nicht abfließen.

jahresbezogene Wenigerauszahlungen: rd. 3,6 Mio. Euro

Umwelt, Abfallbeseitigung und Verwertung

Die Ausführung der geplanten investiven Maßnahme „Böschungsabdichtung“ findet erst in den Folgejahren statt. Die veranschlagten Mittel in Höhe von 1,2 Mio. Euro werden 2011 nicht mehr kassenwirksam.

jahresbezogene Wenigerauszahlungen: ca. 1,2 Mio. Euro

Verkehrsflächen und -anlagen

Aufgrund der aktuellen Ein- und Auszahlungen in diesem Bereich ist davon auszugehen, dass sowohl bei den Einzahlungen aus Investitionstätigkeit als auch bei den Auszahlungen für Baumaßnahmen erhebliche Abweichungen auftreten werden. Dies lässt sich jedoch zum jetzigen Zeitpunkt nicht genauer verifizieren, da die weitere Entwicklung vom Verlauf der Verhandlungen, Abstimmungsverfahren oder Planungsentwicklungen abhängt. Ein großer Teil der Ansätze wird aufgrund der vollständigen Bindung durch erteilte oder noch zu erteilende Aufträge beziehungsweise durch noch nicht abschließend geprüfte Nachträge im Folgejahr abfließen.

Insgesamt werden die Auszahlungen unter der Planung liegen.

Da die Einzahlungen in Abhängigkeit zu den Auszahlungen stehen, werden auch diese hinter den Planungen zurückliegen.

derzeit nicht bezifferbar

Liegenschaften und Kataster

Insbesondere im Bereich des Grunderwerbsetats lassen sich aufgrund der Größenordnung der Planzahlen Abweichungen noch nicht zuverlässig prognostizieren.

derzeit nicht bezifferbar

Brücken und Stadtbahnbau

Bei mehreren Maßnahmen im Brückenbau wird es zu Verzögerungen kommen, so dass die geplanten Aus-/Einzahlungen nur teilweise noch in 2011 kassenwirksam werden. Abweichungen ergeben sich unter anderem bei folgenden Maßnahmen:

- Grunderneuerung Rampe Deutzer Brücke (Wenigerauszahlung ca. 2,0 Mio. Euro)
- Fluchttunnel Grenzstraße (Wenigerauszahlung ca. 1,0 Mio. Euro)

Prognosen über die Entwicklung der investiven Ein- und Auszahlungen des Stadtbahnbaus können erst in der zweiten Jahreshälfte erstellt werden, da zu diesem Zeitpunkt bereits notwendige Beschlussvorlagen gefasst, weitere Bauaufträge erteilt und Rechnungen beglichen sind.

jahresbezogene Wenigerauszahlung rd. 3,0 Mio. Euro

gez. Klug